

Bachelor-Prüfungsordnung (BPO)
für den gemeinsamen Verbundstudiengang Wirtschaftsinformatik
an der Fachhochschule Köln, Campus Gummersbach
und an der Fachhochschule Dortmund

Vom 4. Juli 2007

Aufgrund des § 2 Abs. 4 und des § 64 Abs. 1 des Gesetzes über die Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen (Hochschulgesetz - HG) vom 31. Oktober 2006 (GV. NRW. S. 474) haben die Fachhochschule Köln und die Fachhochschule Dortmund die folgende Prüfungsordnung erlassen:

Inhaltsübersicht

I. Allgemeines

- § 1 Geltungsbereich der Prüfungsordnung
- § 2 Zweck der Prüfung; Ziel des Studiums; Abschlussgrad
- § 3 Studienvoraussetzungen
- § 4 Studienbeginn; Regelstudienzeit; Studienvolumen; Credit Points; Studienberatung
- § 5 Umfang und Gliederung der Bachelor-Prüfung; Prüfungsfrist
- § 6 Prüfungsausschuss
- § 7 Prüferinnen und Prüfer sowie Beisitzerinnen und Beisitzer, Prüfungstermine
- § 8 Anrechnung von Studienzeiten, Studien- und Prüfungsleistungen
- § 9 Einstufungsprüfung
- § 10 Bewertung von Prüfungsleistungen
- § 11 Wiederholung von Prüfungsleistungen, Kompensation
- § 12 Versäumnis, Rücktritt, Täuschung, Ordnungsverstoß

II. Prüfungselemente

- § 13 Ziel, Umfang und Form der Modulprüfungen
- § 14 Zulassung zu Modulprüfungen
- § 15 Durchführung von Modulprüfungen
- § 16 Modulprüfungen in Form von Klausurarbeiten
- § 17 Modulprüfungen in Form von mündlichen Prüfungen
- § 18 Referate, Hausarbeiten, Studien-/Projektarbeiten als weitere Prüfungsformen

III. Teilnahmenachweise

§ 19 Unbewertete Teilnahmenachweise (UTN)

IV. Studienverlauf

§ 20 Modulprüfungen, Credit Points und unbewertete Teilnahmenachweise

V. Thesis und Kolloquium

§ 21 Thesis

§ 22 Zulassung zur Thesis

§ 23 Ausgabe und Bearbeitung der Thesis

§ 24 Abgabe und Bewertung der Thesis

§ 25 Kolloquium

VI. Ergebnis der Bachelor-Prüfung; Zusatzmodule

§ 26 Ergebnis der Bachelor-Prüfung

§ 27 Zeugnis, Gesamtnote, Bachelor-Urkunde

§ 28 Zusatzmodule

VII. Schlussbestimmungen

§ 29 Einsicht in die Prüfungsakten

§ 30 Ungültigkeit von Prüfungen

§ 31 Widerspruchsverfahren

§ 32 Inkrafttreten und Veröffentlichung

Anlage: Studienplan des Bachelor-Verbundstudiengangs Wirtschaftsinformatik

I. Allgemeines

§ 1

Geltungsbereich der Prüfungsordnung

Diese Prüfungsordnung gilt für den Abschluss des Studiums im gemeinsamen Bachelor-Verbundstudiengang Wirtschaftsinformatik an der Fachhochschule Köln, Campus Gummersbach und an der Fachhochschule Dortmund. Sie regelt gemäß § 64 Abs. 2 HG die Bachelor-Prüfung in diesem Studiengang.

§ 2

Zweck der Prüfung; Ziel des Studiums; Abschlussgrad

- (1) Die Bachelor-Prüfung bildet den berufsqualifizierenden Abschluss des Studiums. Durch die Bachelor-Prüfung soll festgestellt werden, ob die oder der Studierende die für eine selbstständige Tätigkeit im Beruf notwendigen gründlichen Fachkenntnisse erworben hat und befähigt ist, auf der Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse und Methoden selbstständig zu arbeiten.
- (2) Der Bachelor-Verbundstudiengang Wirtschaftsinformatik richtet sich in seiner modellhaften Kombination von Selbststudienabschnitten und Präsenzphasen insbesondere an die Gruppe der Berufstätigen und in der Berufsausbildung befindliche Personen. Über die Einbindung von Fernstudienelementen soll bei Beibehaltung des Praxisbezugs im Fachhochschulstudium die Möglichkeit des berufs- bzw. ausbildungsbegleitenden Studiums geschaffen werden. Das zur Bachelor-Prüfung führende Studium soll unter Beachtung der allgemeinen Studienziele (§ 58 HG) auf der Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse insbesondere die anwendungsbezogenen Inhalte des Studienfachs vermitteln und die Absolventinnen und Absolventen befähigen, Vorgänge und Probleme im administrativ-kommerziellen und informationswissenschaftlichen Bereich selbstständig zu analysieren und mit Methoden der Wirtschaftsinformatik praxismgerechte Lösungen zu finden und dabei auch außerfachliche Bezüge zu beachten. Das Studium soll die schöpferischen und gestalterischen Fähigkeiten entwickeln und auf die Bachelor-Prüfung vorbereiten.
- (3) Ist die Bachelor-Prüfung bestanden, wird der Hochschulgrad „Bachelor of Science“ abgekürzt „B.Sc.“ verliehen.

§ 3

Studienvoraussetzungen

Voraussetzung für die Aufnahme des Studiums ist gemäß § 49 Abs. 2 und 3 HG der Nachweis der Hochschulreife (allgemeine Hochschulreife, fachgebundene Hochschulreife oder Fachhochschulreife) oder einer durch die zuständigen staatlichen Stellen als gleichwertig anerkannten Vorbildung oder eine durch Rechtsverordnung nach § 49 Abs. 6 HG geregelte weitere Zugangsmöglichkeit.

§ 4

Studienbeginn; Regelstudienzeit; Studienvolumen; Credit Points; Studienberatung

- (1) Die Aufnahme des Studiums (1. Semester) im Bachelor-Verbundstudiengang Wirtschaftsinformatik ist nur im Wintersemester möglich.
- (2) Die Regelstudienzeit beträgt unter Berücksichtigung der speziellen Ausrichtung des Verbundstudiengangs auf die Gruppe der Berufstätigen und der in der Ausbildung befindlichen Personen einschließlich aller Prüfungen neun Semester.

- (3) Das Studienvolumen des Bachelor-Verbundstudiengangs beträgt im Pflicht- und Wahlpflichtbereich insgesamt 136 SWS. Auf der Grundlage dieser Prüfungsordnung ist das Studium so strukturiert, dass es in der Regelstudienzeit abgeschlossen werden kann.
- (4) Die Pflichtmodule und Wahlpflichtmodule des Verbundstudiengangs Wirtschaftsinformatik ergeben sich aus § 20 BPO. § 28 (Zusatzmodule) bleibt unberührt. Die inhaltliche Ausprägung und Beschreibung der Module ergeben sich aus dem jeweils gültigen Modulhandbuch des Bachelor-Verbundstudiengangs Wirtschaftsinformatik.
- (5) Die Studienleistungen werden durch Credit Points (CP) nach dem European Credit Transfer System (ECTS) dokumentiert. Die Gesamtzahl der Credit Points für den Bachelor-Studiengang beträgt einschließlich Thesis und Kolloquium 180 CP.
- (6) Die beiden Trägerfachhochschulen und das Institut für Verbundstudien bieten regelmäßig Informationsveranstaltungen für Studieninteressierte sowie Einführungsphasen für die Studienanfängerinnen und Studienanfänger an.
- (7) Die allgemeine Studienberatung erfolgt durch die zentralen Studienberatungsstellen der beiden Trägerfachhochschulen und das Institut für Verbundstudien der Fachhochschulen Nordrhein-Westfalens (IfV NRW). Sie erstreckt sich auf Fragen der Studieneignung sowie insbesondere auf die Unterrichtung über Studienmöglichkeiten, Studieninhalte, Studienaufbau und Studienanforderungen. Sie verweist bei studienbedingten persönlichen Schwierigkeiten auch auf eine psychologische Beratung.
- (8) Die Studienfachberatung unterstützt die Studierenden insbesondere in Fragen der Studiengestaltung und der Studientechniken.

§ 5

Umfang und Gliederung der Bachelor-Prüfung; Prüfungsfrist

- (1) Die Bachelor-Prüfung gliedert sich in studienbegleitende Modulprüfungen und einen abschließenden Prüfungsteil. Der abschließende Teil der Bachelor-Prüfung besteht aus einer Thesis und einem Kolloquium, das sich an die Thesis anschließt.
- (2) Die Modulprüfungen finden zu dem in § 20 Abs. 1 genannten Zeitpunkt statt. Der Studienplan gemäß **Anlage** ist eine Empfehlung für die Studierenden für den sachgerechten Aufbau des Studiums. Dabei soll der Studienplan gewährleisten, dass der Prüfling alle Modulprüfungen mit Ausnahme der Projektarbeit bis zum Ende des achten Studiensemesters ablegen kann.
- (3) Der Antrag auf Zulassung zur Thesis soll in der Regel so rechtzeitig gestellt werden, dass das Kolloquium vor Ablauf des neunten Semesters abgelegt werden kann.
- (4) Das Studium sowie das Prüfungsverfahren sind so zu gestalten, dass das Studium einschließlich aller Prüfungen mit Ablauf des neunten Semesters abgeschlossen sein kann.
- (5) Die Prüfungsverfahren berücksichtigen die Fristen des Bundeselterngeld- und Elternteilzeitgesetzes über die Elternzeit sowie Ausfallzeiten durch die Pflege oder Versorgung von Ehegatten, eingetragenen Lebenspartnerinnen und Lebenspartnern oder eines in gerader Linie Verwandten oder ersten Grades Verschwägerten, wenn diese oder dieser pflege- oder versorgungsbedürftig ist.

§ 6

Prüfungsausschuss

- (1) Für die Organisation der Prüfungen und die durch diese Prüfungsordnung zugewiesenen Aufgaben ist ein Prüfungsausschuss zuständig. Er ist Behörde im Sinne des Verwaltungsverfahrens- und Verwaltungsprozessrechts. Als zuständiges Prüfungsorgan gemäß § 64 HG wird dafür durch die beiden Fachhochschulen der

gemeinsame Fachausschuss für den Bachelor-Verbundstudiengang Wirtschaftsinformatik eingesetzt. Die Zusammensetzung des Fachausschusses und die Amtszeit seiner Mitglieder richten sich nach den in der Nutzungsvereinbarung des Instituts für Verbundstudien der Fachhochschulen Nordrhein-Westfalens – IfV NRW – vom 27.10.2000 getroffenen Regelungen. Danach gehören dem Fachausschuss je zwei Professorinnen/Professoren der an einem Verbundstudiengang beteiligten Mitgliedshochschulen, eine Vertreterin/ein Vertreter aus den Fachbereichsräten angehörenden Gruppen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie ein Mitglied aus dem Kreis der Studierenden an. Soweit der Fachausschuss als Prüfungsausschuss fungiert, gehört ihm zusätzlich eine zweite Vertreterin bzw. ein zweiter Vertreter aus dem Kreis der Studierenden an, und zwar aus der Fachhochschule, die im Übrigen kein Mitglied aus der Gruppe der Studierenden in den Fachausschuss entsendet. Für den Fall, dass dem Fachausschuss eine Vertreterin oder ein Vertreter aus der den Fachbereichsräten angehörenden Gruppe der weiteren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter angehört, muss an deren oder dessen Stelle eine Vertreterin oder ein Vertreter aus der Gruppe der akademischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bestellt werden.

- (2) Der Prüfungsausschuss achtet auf die Einhaltung der Prüfungsordnung, übernimmt die Prüfungsorganisation und sorgt für die ordnungsgemäße Durchführung der Prüfungen. Er ist insbesondere zuständig für die Entscheidung über Widersprüche gegen in Prüfungsverfahren getroffene Entscheidungen. Darüber hinaus hat der Prüfungsausschuss den beiden beteiligten Fachbereichsräten über die Entwicklung der Prüfungen und Studienzeiten jährlich zu berichten. Er gibt Anregungen zur Reform der Prüfungsordnung und der Studienpläne. Der Prüfungsausschuss kann die Erledigung seiner Aufgaben für alle Regelfälle auf die Vorsitzende oder den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses übertragen; dies gilt nicht für die Entscheidung über Widersprüche.
- (3) Der Prüfungsausschuss ist beschlussfähig, wenn neben der oder dem Vorsitzenden oder deren oder dessen Stellvertreterin oder Stellvertreter und einer weiteren Professorin oder einem weiteren Professor mindestens zwei weitere stimmberechtigte Mitglieder anwesend sind. Er beschließt mit einfacher Mehrheit. Bei Stimmengleichheit ist der Antrag abgelehnt. Die studentischen Mitglieder wirken bei pädagogisch-wissenschaftlichen Entscheidungen, insbesondere bei der Anrechnung oder sonstigen Beurteilung von Studien- und Prüfungsleistungen und der Bestellung von Prüferinnen und Prüfern sowie Beisitzerinnen und Beisitzern, nicht mit. An der Beratung und Beschlussfassung über Angelegenheiten, die die Festlegung von Prüfungsaufgaben oder die ihre eigene Prüfung betreffen, nehmen die studentischen Mitglieder des Prüfungsausschusses nicht teil.
- (4) Die Mitglieder des Prüfungsausschusses haben das Recht, bei der Abnahme von Prüfungen zugegen zu sein. Ausgenommen sind studentische Mitglieder des Prüfungsausschusses, die sich am selben Prüfungstermin der gleichen Prüfung zu unterziehen haben.
- (5) Die Sitzungen des Prüfungsausschusses sind nichtöffentlich. Die Mitglieder des Prüfungsausschusses, deren Stellvertreterinnen oder Stellvertreter, die Prüferinnen und Prüfer sowie die Beisitzerinnen und Beisitzer unterliegen der Amtsverschwiegenheit. Sofern sie nicht im öffentlichen Dienst stehen, sind sie durch die Vorsitzende oder den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zur Verschwiegenheit zu verpflichten.
- (6) Belastende Entscheidungen des Prüfungsausschusses bzw. seiner oder seines Vorsitzenden sind dem Prüfling unverzüglich mitzuteilen. Dem Prüfling ist vorher Gelegenheit zum rechtlichen Gehör zu geben.

§ 7

Prüferinnen und Prüfer sowie Beisitzerinnen und Beisitzer, Prüfungstermine

- (1) Der Prüfungsausschuss bestellt die Prüferinnen und Prüfer, die Beisitzerinnen und Beisitzer. Zur Prüferin oder zum Prüfer darf nur bestellt werden, wer mindestens die entsprechende Prüfung oder eine vergleichbare Prüfung abgelegt oder eine ver-

gleichbare Qualifikation erworben hat und, sofern nicht zwingende Gründe eine Abweichung erfordern, in dem betreffenden Prüfungsfach eine einschlägige, selbstständige Lehrtätigkeit ausgeübt hat; sind mehrere Prüferinnen oder Prüfer zu bestellen, soll mindestens eine Prüferin oder ein Prüfer in dem betreffenden Prüfungsfach gelehrt haben. Zur Beisitzerin oder zum Beisitzer darf nur bestellt werden, wer mindestens die entsprechende Prüfung oder eine vergleichbare Prüfung abgelegt oder eine vergleichbare Qualifikation erworben hat (sachkundige Beisitzerin und sachkundiger Beisitzer). Die Prüferinnen und Prüfer sind in ihrer Prüfungstätigkeit unabhängig von Weisungen.

- (2) Der Prüfling kann eine Prüferin oder einen Prüfer als Betreuerin oder Betreuer der Thesis vorschlagen. Dem Vorschlag soll nach Möglichkeit entsprochen werden, jedoch muss der Prüfungsausschuss darauf achten, dass die Prüfungsverpflichtungen möglichst gleichmäßig auf die Prüferinnen und Prüfer verteilt werden.
- (3) Die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses sorgt dafür, dass dem Prüfling die Namen der Prüferinnen und Prüfer rechtzeitig bekannt gegeben werden. Die Bekanntgabe soll zugleich mit der Zulassung zur Prüfung, in der Regel mindestens zwei Wochen vor der Prüfung oder der Ausgabe der Thesis erfolgen. Die Bekanntmachung durch Aushang ist ausreichend.
- (4) Die Prüfenden und Beisitzenden unterliegen der Amtsverschwiegenheit. Sofern sie nicht im öffentlichen Dienst stehen, sind sie durch die Vorsitzende oder den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zur Verschwiegenheit zu verpflichten.

§ 8

Anrechnung von Studienzeiten, Studien- und Prüfungsleistungen

- (1) Studienzeiten im Bachelor-Studiengang Wirtschaftsinformatik an anderen Hochschulen im Geltungsbereich des Grundgesetzes sowie dabei erbrachte Studien- und Prüfungsleistungen werden von Amts wegen angerechnet.
- (2) Studienzeiten in anderen Studiengängen an anderen Hochschulen im Geltungsbereich des Grundgesetzes sowie dabei erbrachte Studien- und Prüfungsleistungen werden von Amts wegen angerechnet, sofern ihre fachliche Gleichwertigkeit nachgewiesen wird. Gleichwertige Studienzeiten und Studien- und Prüfungsleistungen an Hochschulen außerhalb des Geltungsbereiches des Grundgesetzes werden auf Antrag angerechnet; für die Gleichwertigkeit sind die von der Kultusministerkonferenz und der Hochschulrektorenkonferenz gebilligten Äquivalenzvereinbarungen maßgebend. Soweit Äquivalenzvereinbarungen nicht vorliegen, entscheidet der Prüfungsausschuss über die Anrechnung. Im Übrigen kann bei Zweifeln in der Frage der Gleichwertigkeit die Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen gehört werden. Auf das Studium können auf Antrag auch gleichwertige Studien- und Prüfungsleistungen angerechnet werden, die an staatlichen oder staatlich anerkannten Berufsakademien sowie in einem weiterbildenden Studium erbracht wurden.
- (3) In staatlich anerkannten Fernstudien zurückgelegte Studienzeiten sowie dabei erworbene Studien- und Prüfungsleistungen werden, soweit sie gleichwertig sind, anerkannt und auf die Studienzeit angerechnet. Bei der Feststellung der Gleichwertigkeit gilt Absatz 1 entsprechend.
- (4) Prüfungsleistungen, die in einem anderen Studiengang der an dem Verbundstudiengang beteiligten Fachhochschulen oder im Rahmen einer Zweithörerschaft gemäß § 52 HG abgelegt worden sind, werden nur dann angerechnet, wenn der Prüfling in dem Bachelor-Verbundstudiengang Wirtschaftsinformatik in dem betreffenden Modul noch keinen Prüfungsversuch unternommen hat.

- (5) Studienbewerberinnen und Studienbewerber, die aufgrund einer Einstufungsprüfung gemäß § 49 Abs. 11 HG berechtigt sind, das Studium in einem höheren Fachsemester aufzunehmen, werden die in der Einstufungsprüfung nachgewiesenen Kenntnisse und Fähigkeiten auf Studienleistungen und Prüfungsleistungen nach näherer Bestimmung des § 9 Abs. 2 und 3 angerechnet. Die Anrechnung erfolgt von Amts wegen.
- (6) Für Studien- und Prüfungsleistungen, die angerechnet werden, erhalten Studierende die gemäß § 20 Abs. 1 vorgesehene Anzahl von Leistungspunkten.
- (7) Über die Anrechnung nach den Absätzen 1 bis 5 entscheidet der Prüfungsausschuss, im Zweifelsfall nach Anhörung von für die Module zuständigen Prüferinnen und Prüfern.
- (8) Werden Studien- und Prüfungsleistungen angerechnet, sind die Noten – soweit die Notensysteme vergleichbar sind – zu übernehmen und in die Berechnung der Gesamtnote einzubeziehen.

§ 9 Einstufungsprüfung

- (1) Studienbewerberinnen und Studienbewerber, die Kenntnisse und Fähigkeiten, die für ein erfolgreiches Studium erforderlich sind, auf andere Weise als durch ein Studium erworben haben, sind nach dem Ergebnis einer Einstufungsprüfung aufgrund von § 49 Abs. 11 HG berechtigt, das Studium in einem dem Ergebnis der Prüfung entsprechenden Abschnitt des Studienganges aufzunehmen, soweit nicht Regelungen über die Vergabe von Studienplätzen entgegenstehen.
- (2) Nach dem Ergebnis der Einstufungsprüfung können die dort nachgewiesenen Kenntnisse und Fähigkeiten auf Studienleistungen und Prüfungsleistungen ganz oder teilweise angerechnet werden. Eine Anrechnung auf Prüfungsleistungen von Modulprüfungen, die zum Ende des achten oder neunten Semesters stattfinden sollen, ist in der Regel ausgeschlossen. Über die Anrechnung wird eine Bescheinigung erteilt.
- (3) Das Nähere über Art, Form und Umfang der Einstufungsprüfung regeln die entsprechenden Ordnungen der Fachhochschule Köln und der Fachhochschule Dortmund.

§ 10 Bewertung von Prüfungsleistungen

- (1) Prüfungsleistungen sind durch Noten differenziert zu beurteilen und schriftlich zu begründen. Die Noten für die einzelnen Prüfungsleistungen werden von der jeweiligen Prüferin oder dem jeweiligen Prüfer festgesetzt.
- (2) Sind mehrere Prüferinnen oder Prüfer an einer Prüfung beteiligt, so bewerten sie die Gesamtprüfungsleistung gemeinsam, sofern nicht nachfolgend etwas anderes bestimmt ist. Bei nicht übereinstimmender Beurteilung ergibt sich die Note aus dem arithmetischen Mittel der Einzelbewertungen.
- (3) Für die Bewertung der Prüfungsleistungen sind folgende Noten zu verwenden:

1 = sehr gut	= eine hervorragende Leistung;
2 = gut	= eine Leistung, die erheblich über den durchschnittlichen
	chenn
3 = befriedigend	= eine Leistung, die durchschnittlichen Anforderungen
	entspricht;
4 = ausreichend	= eine Leistung, die trotz ihrer Mängel noch den Anforderungen
	genügt;

5 = nicht ausreichend = eine Leistung, die wegen erheblicher Mängel den Anforderungen nicht mehr genügt.

Zur weiteren Differenzierung der Bewertung können um 0,3 verminderte oder erhöhte Notenziffern verwendet werden; die Noten 0,7, 4,3, 4,7 und 5,3 sind ausgeschlossen.

- (4) Bei der Bildung von Noten aus Zwischenwerten ergibt ein rechnerischer Wert

bis 1,5..... die Note "sehr gut",
 über1,5 bis 2,5..... die Note "gut",
 über2,5 bis 3,5..... die Note "befriedigend",
 über3,5 bis 4,0..... die Note "ausreichend",
 über4,0..... die Note "nicht ausreichend".

Hierbei werden Zwischenwerte nur mit der ersten Dezimalstelle berücksichtigt; alle weiteren Stellen hinter dem Komma werden ohne Rundung gestrichen.

- (5) Eine Prüfung ist bestanden, wenn die Prüfungsleistung mindestens als ausreichend (4,0) bewertet worden ist.
- (6) Die Bewertung von Modulprüfungen in Form von Klausurarbeiten ist den Studierenden jeweils nach spätestens sechs Wochen mitzuteilen. Die Bekanntmachung durch Aushang ist ausreichend. Die Bewertung der Thesis ist den Studierenden jeweils nach spätestens acht Wochen mitzuteilen.

§ 11

Wiederholung von Prüfungsleistungen, Kompensation

- (1) Die Bachelor-Prüfung kann jeweils in den Teilen, in denen sie nicht bestanden ist oder als nicht bestanden gilt, wiederholt werden. Die Wiederholung soll in der Regel innerhalb von zwei Semestern nach dem Versuch stattfinden.
- (2) Eine nicht bestandene Modulprüfung kann zweimal wiederholt werden.
- (3) Die Thesis und das Kolloquium können je einmal wiederholt werden.
- (4) Eine mindestens als ausreichend bewertete Prüfungsleistung kann nicht wiederholt werden.
- (5) Solange ein gemäß § 20 Abs. 2 gewähltes Wahlpflichtmodul nicht endgültig mit „nicht ausreichend“ bewertet worden ist, kann an seiner Stelle ein anderes Wahlpflichtmodul gewählt werden.

§ 12

Versäumnis, Rücktritt, Täuschung, Ordnungsverstoß

- (1) Eine Prüfungsleistung gilt als „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet, wenn der Prüfling zu einem Prüfungstermin ohne triftige Gründe nicht erscheint oder wenn er nach Beginn der Prüfung ohne triftige Gründe von der Prüfung zurücktritt oder die Prüfungsleistung nicht vor Ablauf der Prüfung erbringt. Satz 1 gilt entsprechend, wenn der Prüfling die Thesis nicht fristgemäß abliefern.
- (2) Die für den Rücktritt oder das Versäumnis geltend gemachten Gründe müssen dem Prüfungsausschuss unverzüglich schriftlich angezeigt und glaubhaft gemacht werden. Bei Krankheit des Prüflings kann die Vorlage eines ärztlichen Attestes verlangt werden. Erkennt der Prüfungsausschuss die Gründe an, so wird dem Prüfling dies schriftlich mitgeteilt. Gleichzeitig wird er darauf hingewiesen, dass er die Zulassung zu der entsprechenden Prüfungsleistung erneut beantragen kann.
- (3) Versucht der Prüfling, das Ergebnis seiner Prüfungsleistung durch Täuschung, z. B. Benutzung nicht zugelassener Hilfsmittel, zu beeinflussen, gilt die betreffende Prüfungsleistung als mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet. Der Täuschungsversuch ist

von der jeweiligen Prüferin oder dem jeweiligen Prüfer oder der bzw. dem Aufsichtführenden aktenkundig zu machen.

- (4) Wer vorsätzlich gegen eine die Täuschung über Prüfungsleistungen betreffende Regelung einer Hochschulprüfungsordnung verstößt, handelt ordnungswidrig. Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße von bis zu 50.000 Euro geahndet werden. Zuständige Verwaltungsbehörde für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten ist die Kanzlerin oder der Kanzler. Im Falle eines mehrfachen oder sonstigen schwerwiegenden Täuschungsversuchs kann der Prüfling zudem exmatrikuliert werden.
- (5) Ein Prüfling, der den ordnungsgemäßen Ablauf der Prüfung stört, kann von der jeweiligen Prüferin oder dem jeweiligen Prüfer oder der bzw. dem Aufsichtführenden in der Regel nach Abmahnung von der Fortsetzung der Prüfungsleistung ausgeschlossen werden; in diesem Fall gilt die betreffende Prüfungsleistung als mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet. Die Gründe für den Ausschluss sind aktenkundig zu machen.
- (6) Der Prüfling kann innerhalb von 14 Tagen verlangen, dass Entscheidungen nach Absatz 3 Satz 1 und Absatz 5 Satz 1 vom Prüfungsausschuss überprüft werden. Belastende Entscheidungen des Prüfungsausschusses sind dem Prüfling unverzüglich schriftlich mitzuteilen, zu begründen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen.

II. Prüfungselemente

§ 13

Ziel, Umfang und Form der Modulprüfungen

- (1) In den Modulprüfungen soll festgestellt werden, ob der Prüfling Inhalt und Methoden der Module in den wesentlichen Zusammenhängen beherrscht und die erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten selbstständig anwenden kann.
- (2) Umfang und Anforderungen der Modulprüfungen müssen dem Grundsatz folgen, dass nur geprüft wird, was zuvor gelehrt wurde. Inhalte der Module sind im Modulhandbuch beschrieben.
- (3) Die Modulprüfung besteht in einer schriftlichen Klausurarbeit mit einer Bearbeitungszeit von höchstens zwei Zeitstunden oder in einer mündlichen Prüfung von höchstens fünfundvierzig Minuten Dauer. Als weitere Prüfungsformen kommen auch Referat, Hausarbeit oder Studien-/Projektarbeit in Frage. Der Prüfungsausschuss legt in der Regel mindestens zwei Monate vor einem Prüfungstermin die Prüfungsform und die zeitliche Dauer der Prüfung im Benehmen mit den Prüfern für alle Prüflinge der jeweiligen Modulprüfung einheitlich und verbindlich fest.
- (4) Prüfungsleistungen in einer Modulprüfung können nach Maßgabe des § 9 Abs. 2 durch gleichwertige Leistungen in einer Einstufungsprüfung gemäß § 49 Abs. 11 HG ersetzt werden.
- (5) Modulprüfungen werden in den Pflichtmodulen und in Wahlpflichtmodulen abgelegt.
- (6) Ist eine Modulprüfung nach § 10 Abs. 5 bestanden und wurde der ggf. nach § 20 Abs. 3 zu dieser Modulprüfung gehörige UTN erteilt, so sind damit auch die in § 20 zugeteilten Credit Points (CP) des European Credit Transfer System (ECTS) erworben.

§ 14

Zulassung zu Modulprüfungen

- (1) Zu einer Modulprüfung kann nur zugelassen werden, wer

1. im Bachelor-Verbundstudiengang Wirtschaftsinformatik an der Fachhochschule Köln oder an der Fachhochschule Dortmund immatrikuliert und nicht beurlaubt ist, wobei die Wiederholung einer Modulprüfung im Fall einer Beurlaubung jedoch möglich ist;
2. die gemäß § 20 im jeweiligen Modul ggf. vorgesehenen unbewerteten Teilnahmeachweise (§ 19) erbracht hat, sofern es sich bei der Prüfungsform um eine Klausur oder um eine mündliche Prüfung handelt.

Die in Satz 1 Nr. 2 genannten Voraussetzungen können durch entsprechende Feststellungen im Rahmen einer Einstufungsprüfung nach § 49 Abs. 11 HG ganz oder teilweise ersetzt werden.

- (2) Bei Modulprüfungen, die nach dem Studienplan in der Regel ab dem achten Studiensemester stattfinden sollen, muss der Prüfling ferner seit mindestens einem Semester an einer der beiden Fachhochschulen gemäß § 48 HG eingeschrieben oder gemäß § 52 Abs. 2 als Zweithörerin oder Zweithörer zugelassen sein.
- (3) Der Antrag auf Zulassung ist bis zu dem vom Prüfungsausschuss festgesetzten Termin schriftlich an die Vorsitzende oder den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu richten. Der Antrag kann für mehrere Modulprüfungen zugleich gestellt werden, wenn diese Modulprüfungen innerhalb desselben Prüfungszeitraumes oder die dafür vorgesehenen Prüfungstermine spätestens zu Beginn des folgenden Semesters stattfinden sollen. Wenn es sich bei der Prüfungsform nicht um eine Klausur oder mündliche Prüfung handelt, wird das Anmeldeverfahren vom Prüfungsausschuss festgelegt und termingerecht bekannt gegeben.
- (4) Bezüglich der Wahlpflichtmodule gilt ergänzend § 20 Abs. 2.
- (5) Dem Antrag sind folgende Unterlagen beizufügen oder bis zu einem vom Prüfungsausschuss festgesetzten Termin nachzureichen, sofern sie nicht bereits früher vorgelegt wurden:
 1. die Nachweise über die in den Absätzen 1 und 2 genannten Zulassungsvoraussetzungen,
 2. eine Erklärung darüber, ob der Prüfling bereits
 - eine entsprechende Prüfung in einem Bachelor- oder Diplom-Studiengang Wirtschaftsinformatik oder in einem anderen Bachelor- oder Diplom-Studiengang der Fachrichtung Informatik oder der Fachrichtung Wirtschaft
 - oder die Bachelor- oder Diplom-Prüfung in einem Bachelor- oder Diplom-Studiengang Wirtschaftsinformatik oder in einem anderen Studiengang der Fachrichtung Informatik oder der Fachrichtung Wirtschaft
 nicht oder endgültig nicht bestanden hat,
 3. eine Erklärung darüber, ob bei mündlichen Prüfungen einer Zulassung von Zuhörern widersprochen wird.

Ist es dem Prüfling nicht möglich, eine nach Satz 1 erforderliche Unterlage in der vorgeschriebenen Weise beizufügen, kann der Prüfungsausschuss gestatten, den Nachweis auf andere Weise zu führen.
- (6) Über die Zulassung entscheidet die Vorsitzende oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses, in Zweifelsfällen der Prüfungsausschuss. Die Entscheidung über die Zulassung wird in der Regel eine Woche vor dem Prüfungstermin bekannt gemacht. Die Bekanntmachung erfolgt durch Aushang.
- (7) Die Zulassung ist zu versagen, wenn
 - a) die in Absatz 1 und 2 genannten Voraussetzungen nicht erfüllt sind oder
 - b) die Unterlagen unvollständig und nicht bis zu dem vom Prüfungsausschuss festgesetzten Termin ergänzt worden sind oder
 - c) der Prüfling

- eine entsprechende Prüfung in einem Bachelor- oder Diplom-Studiengang Wirtschaftsinformatik oder in einem anderen Bachelor- oder Diplom-Studiengang der Fachrichtung Informatik oder der Fachrichtung Wirtschaft
 - oder innerhalb des Geltungsbereichs des Grundgesetzes die Bachelor- oder Diplom-Prüfung in einem Studiengang Wirtschaftsinformatik endgültig nicht bestanden hat.
- (8) Prüflinge können sich bis spätestens eine Woche vor dem festgesetzten Prüfungstermin ohne Anrechnung auf die Zahl der möglichen Prüfungsversuche schriftlich bei der Vorsitzenden oder bei dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses von Modulprüfungen abmelden.

§ 15

Durchführung von Modulprüfungen

- (1) Die Modulprüfungen sollen so angesetzt werden, dass in Folge der Terminierung keine Lehrveranstaltungen ausfallen.
- (2) Für die Modulprüfungen in Form von Klausuren oder mündlichen Prüfungen sind mindestens zwei Prüfungstermine jährlich anzusetzen. Modulprüfungen, die in Form von Klausurarbeiten oder mündlichen Prüfungen stattfinden, sollen innerhalb von Prüfungszeiträumen stattfinden, die vom Prüfungsausschuss festgesetzt und nach Möglichkeit für den ein Kalenderjahr umfassenden Zeitraum im voraus bekannt gegeben werden. Prüfungstermine können auch nach Ablauf oder vor Beginn der Vorlesungszeit stattfinden.
- (3) Die Prüfungstermine werden den Prüflingen rechtzeitig, in der Regel mindestens zwei Wochen vor der betreffenden Prüfung, bekannt gegeben. Die Bekanntgabe durch Aushang ist ausreichend.
- (4) Prüflinge haben sich auf Verlangen mit einem amtlichen Lichtbildausweis auszuweisen.
- (5) Macht der Prüfling durch ein ärztliches Zeugnis oder auf andere Weise glaubhaft, dass er wegen ständiger oder länger andauernder körperlicher Behinderung einschließlich chronischer Erkrankung oder einer Schwangerschaft nicht in der Lage ist, die Prüfung ganz oder teilweise in der vorgesehenen Form abzulegen, kann die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses gestatten, gleichwertige Prüfungsleistungen in einer anderen Form zu erbringen. Es ist dafür zu sorgen, dass durch die Gestaltung der Prüfungsbedingungen eine Benachteiligung für Behinderte nach Möglichkeit ausgeglichen wird. Im Zweifel können weitere Nachweise gefordert werden. Die Sätze 1 bis 3 finden in Ausnahmefällen auch bei einer vorübergehenden körperlichen Behinderung Anwendung.
- (6) Für alle Prüfungsleistungen, die ohne Aufsicht erbracht werden, insbesondere für Abschlussarbeiten, Projektarbeiten und schriftliche Hausarbeiten, wird eine Versicherung an Eides statt abgenommen, dass die Prüfungsleistung vom Prüfling selbstständig und ohne unzulässige fremde Hilfe erbracht worden ist.

§ 16

Modulprüfungen in Form von Klausurarbeiten

- (1) In den Klausurarbeiten soll der Prüfling nachweisen, dass er in begrenzter Zeit und mit begrenzten Hilfsmitteln Probleme aus dem jeweiligen Modul mit geläufigen Methoden seiner Fachrichtung erkennen und auf richtigem Weg zu einer Lösung finden kann.
- (2) Eine Klausurarbeit findet unter Aufsicht statt. Über die Zulassung von Hilfsmitteln entscheidet die Prüferin oder der Prüfer. Die zugelassenen Hilfsmittel werden dem Prüfling rechtzeitig vor der Prüfung durch Aushang bekannt gegeben.

- (3) Die Prüfungsaufgabe einer Klausurarbeit wird in der Regel von nur einer Prüferin oder einem Prüfer gestellt. In fachlich begründeten Fällen, insbesondere wenn in einer Prüfung mehrere Fachgebiete zusammenfassend geprüft werden, kann die Prüfungsaufgabe auch von mehreren Prüferinnen oder Prüfern gestellt werden. In diesem Fall legen die Prüferinnen oder Prüfer die Gewichtung der Anteile an der Prüfungsaufgabe über die Anzahl der zu erreichenden Punkte vorher gemeinsam fest; ungeachtet der Anteile und ihrer Gewichtung beurteilt jede Prüferin und jeder Prüfer die gesamte Klausurarbeit. Abweichend davon kann der Prüfungsausschuss wegen der Besonderheit eines Fachgebiets bestimmen, dass die Prüferin oder der Prüfer nur für den Teil der Klausurarbeit Punkte vergibt, der ihrem bzw. seinem Fachgebiet entspricht. Im Fall der Sätze 3 und 4 wird die Note anhand der erreichten Anzahl von Punkten von den Prüferinnen oder Prüfern gemeinsam festgelegt.
- (4) Jede Klausurarbeit soll – auch über die in § 65 Abs. 2 Satz 1 HG genannten Fälle hinaus – von zwei Prüferinnen oder Prüfern bewertet werden. Hiervon kann der Prüfungsausschuss unter Beachtung von § 65 Abs. 2 Satz 1 HG in begründeten Fällen Abweichungen zulassen; die Gründe sind aktenkundig zu machen. Die Note der Klausurarbeit ergibt sich aus dem arithmetischen Mittel der Einzelbewertungen.
- (5) Die Bewertung der Klausurarbeiten ist dem Prüfling jeweils nach spätestens sechs Wochen mitzuteilen.

§ 17

Modulprüfungen in Form von mündlichen Prüfungen

- (1) Mündliche Prüfungen werden in der Regel vor einer Prüferin oder einem Prüfer in Gegenwart einer sachkundigen Beisitzerin oder eines sachkundigen Beisitzers (§ 7 Abs. 1 Satz 3) oder vor mehreren Prüfern (Kollegialprüfung) als Gruppenprüfungen oder als Einzelprüfungen abgelegt. Hierbei wird jeder Prüfling in einem Modul grundsätzlich nur von einer Prüferin oder einem Prüfer geprüft. Vor der Festsetzung der Note hat die Prüferin oder der Prüfer die Beisitzerin oder den Beisitzer oder die anderen Prüfer zu hören. Ein Fragerecht steht der Beisitzerin oder dem Beisitzer nicht zu. In fachlich begründeten Fällen, insbesondere wenn in einem Modul mehrere Fachgebiete gleichzeitig geprüft werden, kann die Prüfung von mehreren Prüfern abgenommen werden. Dabei prüft jede Prüferin oder jeder Prüfer nur den dem jeweiligen Fachgebiet entsprechenden Anteil des Moduls. In diesem Fall legen sie die Gewichtung der Anteile vor Beginn der Prüfung gemeinsam fest; für die Bewertung und das Bestehen der Modulprüfung gilt in diesem Fall § 16 Abs. 3 Satz 5 entsprechend. Mündliche Prüfungen, bei deren Nichtbestehen – abgesehen von der Möglichkeit der Kompensation von Prüfungsleistungen gemäß § 11 Absatz 5 ein Modul endgültig nicht bestanden ist, sind von zwei Prüferinnen oder einer Prüferin und einem Prüfer oder zwei Prüfern zu bewerten. Die Note ergibt sich aus dem arithmetischen Mittel der Einzelbewertungen.
- (2) Die wesentlichen Gegenstände und Ergebnisse der Prüfung, insbesondere die für die Benotung maßgeblichen Tatsachen, sind von der Beisitzerin oder vom Beisitzer in einem Protokoll festzuhalten. Das Ergebnis der Prüfung ist dem Prüfling im Anschluss an die mündliche Prüfung bekannt zu geben.
- (3) Studierende, die sich in einem späteren Prüfungszeitraum der gleichen Prüfung unterziehen wollen, werden nach Maßgabe der räumlichen Verhältnisse als Zuhörer zugelassen, sofern nicht ein Prüfling bei der Meldung zur Prüfung widersprochen hat. Die Zulassung erstreckt sich nicht auf die Beratung und Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses.

§ 18

Referate, Hausarbeiten, Studien-/Projektarbeiten als weitere Prüfungsformen

- (1) Als weitere Prüfungsformen für eine Modulprüfung können Referate, Hausarbeiten und Studien-/Projektarbeiten vorgesehen werden. § 13 Abs. 3 Satz 2 gilt entsprechend.
- (2) Alle weiteren Prüfungsformen gemäß Absatz 1 können in Form einer Gruppenarbeit zugelassen werden, wenn der als Prüfungsleistung zu bewertende Beitrag des einzelnen Prüflings aufgrund der Angabe von Abschnitten, Seitenzahlen oder anderen objektiven Kriterien, die eine eindeutige Abgrenzung ermöglichen, deutlich unterscheidbar und bewertbar ist.
- (3) Ein Referat (Vortrag auf der Basis einer schriftlichen Ausarbeitung) dient der Feststellung, ob der Prüfling befähigt ist, innerhalb einer vorgegebenen Frist eine Aufgabe nach wissenschaftlichen und fachpraktischen Methoden selbstständig in schriftlicher Form zu bearbeiten und zu präsentieren. Das Thema, der Umfang der schriftlichen Ausarbeitung und die Dauer des mündlichen Beitrags wird von der Prüferin oder dem Prüfer zu Beginn des Semesters festgelegt. Die Note für das Referat ist dem Prüfling spätestens zwei Wochen nach dem Referat bekannt zu geben.
- (4) Eine Hausarbeit dient der Feststellung, ob der Prüfling befähigt ist, innerhalb einer vorgegebenen Frist eine Aufgabe nach wissenschaftlichen und fachpraktischen Methoden selbstständig in schriftlicher Form zu bearbeiten. Das Thema und der Umfang (wie Seitenzahl des Textteils) der Hausarbeit wird von der Prüferin oder dem Prüfer zu Beginn des Semesters festgelegt. Hausarbeiten werden von einer Prüferin oder einem Prüfer bewertet. Die Note für die Hausarbeit ist dem Prüfling spätestens vier Wochen nach Abgabe der Hausarbeit bekannt zu geben.
- (5) Eine Studien-/Projektarbeit dient der Feststellung, ob der Prüfling befähigt ist, innerhalb einer vorgegebenen Frist eine Aufgabe nach wissenschaftlichen und fachpraktischen Methoden selbstständig zu bearbeiten und die Ergebnisse in schriftlicher Form zu dokumentieren. Die Studien-/Projektarbeit dient der Vorbereitung auf die Bachelor-Thesis. Das Thema der Studien-/Projektarbeit wird von der Prüferin oder dem Prüfer festgelegt. Der Umfang der Studien-/Projektarbeit soll in der Regel etwa 20 Seiten betragen. Die Studien-/Projektarbeit ist von einer Prüferin oder einem Prüfer zu bewerten. Die Bewertung ist dem Prüfling spätestens sechs Wochen nach Abgabe der Studien-/Projektarbeit bekannt zu geben.
- (6) Referate, Hausarbeiten und Studien-/Projektarbeiten, bei deren Nichtbestehen – abgesehen von der Möglichkeit der Kompensation von Prüfungsleistungen gemäß § 11 Abs. 5 – ein Modul endgültig nicht bestanden ist, sind von zwei Prüferinnen oder einer Prüferin und einem Prüfer oder zwei Prüfern zu bewerten. Die Note ergibt sich aus dem arithmetischen Mittel der Einzelbewertungen.

III. Teilnahmenachweise

§ 19

Unbewertete Teilnahmenachweise (UTN)

- (1) Unbewertete Teilnahmenachweise können als Zulassungsvoraussetzungen für Modulprüfungen verlangt werden. Das Nähere regelt § 20 Abs. 3.
- (2) Kann der oder die Studierende einen erforderlichen Teilnahmenachweis nach Absatz 1 nicht erbringen, insbesondere aus schriftlich nachgewiesenen, triftigen persönlichen oder beruflichen Gründen oder weil eine Entscheidung über die Anerkennung über Studien- und Prüfungsleistungen nicht rechtzeitig zu Semesterbeginn vorliegt, so kann der Prüfungsausschuss in Zusammenarbeit mit dem jeweiligen Fachdozenten auf Antrag eine Ausnahmeregelung treffen.

IV. Studienverlauf

§ 20

Modulprüfungen, Credit Points und unbewertete Teilnahmenachweise

- (1) Das Studium umfasst folgende Modulprüfungen mit den jeweiligen Credit Points (CP):

1.	Einführung in die Wirtschaftsinformatik	1. Semester	7,5 CP
2.	Algorithmen und Programmierung I	1. Semester	7,5 CP
3.	Mathematik I	1. Semester	5 CP
4.	Algorithmen und Programmierung II	2. Semester	10 CP
5.	Mathematik II	2. Semester	10 CP
6.	Betriebswirtschaftslehre I	3. Semester	10 CP
7.	Wirtschaftsmathematik – Quantitative Methoden	3. Semester	7,5 CP
8.	Fremdsprache	4. Semester	10 CP (davon 2,5 CP Workload im 3. Semester)
9.	Grundlagen der Informatik I	4. Semester	7,5 CP
10.	Recht	5. Semester	7,5 CP (davon 5 CP Workload im 4. Semester)
11.	Grundlagen der Informatik II	5. Semester	7,5 CP
12.	Betriebswirtschaftslehre II	5. Semester	10 CP
13.	Datenbanken und betriebliche Informationssysteme	6. Semester	7,5 CP
14.	Volkswirtschaftslehre	6. Semester	5 CP
15.	Betriebliches Rechnungswesen	6. Semester	7,5 CP
16.	Betriebliche Softwareentwicklung	7. Semester	10 CP
17.	Informationsmanagement	7. Semester	10 CP
18.	Betriebliche Anwendungssysteme	8. Semester	10 CP
19.	Wahlpflichtmodul	8. Semester	10 CP
20.	Projektarbeit	9. Semester	5 CP
21.	Thesis	9. Semester	12 CP
22.	Kolloquium	9. Semester	3 CP

(2) Für das Wahlpflichtmodul ist ein Angebot zu wählen. Standardmäßig stehen zur Auswahl:

- Projektmanagement
- Presentation Design
- Logistik / Supply Chain Management
- Unternehmensplanspiel

Der Fachausschuss kann weitere Wahlpflichtmodule anbieten. Der Fachausschuss legt zu Beginn eines jeden Semesters fest und informiert die Studierenden darüber, welche der in den Sätzen 2 und 3 genannten Wahlpflichtmodule im jeweiligen Semester angeboten werden. Dabei stellt er eine ausreichende Anzahl von Wahlpflichtmodulen und angemessene Wiederholungsmöglichkeiten für Prüfungen sicher.

(3) Die Zulassung zu den in Absatz 1, Nummern 1 bis 19 genannten Modulprüfungen setzt jeweils den UTN in Form von Teilnahme an den Präsenzveranstaltungen des Bachelor-Verbundstudiengangs Wirtschaftsinformatik voraus, sofern es sich bei der Prüfungsform um eine Klausurarbeit oder um eine mündliche Prüfung handelt.

V. Thesis und Kolloquium

§ 21 Thesis

- (1) Die Thesis soll zeigen, dass der Prüfling befähigt ist, innerhalb einer vorgegebenen Frist eine praxisorientierte Aufgabe aus seinem Fachgebiet sowohl in ihren fachlichen Einzelheiten als auch in den fachübergreifenden Zusammenhängen nach wissenschaftlichen, fachpraktischen und aus den Erfordernissen des Studiengangs resultierenden gestalterischen Methoden selbstständig zu bearbeiten. Die Thesis ist in der Regel eine eigenständige Untersuchung mit einer Aufgabenstellung aus der Wirtschaftsinformatik sowie einer ausführlichen Beschreibung und Erläuterung ihrer Lösung.
- (2) Das Thema der Thesis kann von jeder Professorin oder jedem Professor, die oder der gemäß § 7 Abs. 1 zur Prüferin oder zum Prüfer bestellt werden kann, gestellt und die Thesis von ihr oder von ihm betreut werden. Dem Prüfling ist Gelegenheit zu geben, Vorschläge für den Themenbereich der Thesis zu machen.
- (3) Auf Antrag sorgt die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses dafür, dass ein Prüfling rechtzeitig ein Thema für die Thesis erhält.

§ 22 Zulassung zur Thesis

- (1) Zur Thesis kann zugelassen werden, wer
1. die Zulassungsvoraussetzungen für die Modulprüfungen gemäß § 14 Abs. 1 Nr. 1 und 2 und Abs. 2 erfüllt,
 2. die Modulprüfungen der ersten fünf Semester bestanden und die übrigen bis auf zwei bestanden hat,
 3. eine berufspraktische Tätigkeit von mindestens sechs Monaten abgeleistet hat; betriebliche Ausbildungszeiten werden als berufspraktische Tätigkeiten anerkannt.

- (2) Der Antrag auf Zulassung ist schriftlich an die Vorsitzende oder den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu richten. Dem Antrag sind folgende Unterlagen beizufügen, sofern sie nicht bereits früher vorgelegt wurden:
1. Die Nachweise über die in Absatz 1 genannten Zulassungsvoraussetzungen,
 2. eine Erklärung über bisherige Versuche
 - zur Bearbeitung einer Thesis, Bachelorarbeit oder Diplomarbeit in einem Studiengang Wirtschaftsinformatik oder in einem anderen Studiengang der Fachrichtung Informatik oder Wirtschaft
 - und zur Ablegung der Bachelor- oder Diplom-Prüfung in einem Studiengang Wirtschaftsinformatik oder in einem anderen Studiengang der Fachrichtung Informatik oder Wirtschaft
- Dem Antrag soll eine Erklärung darüber beigefügt werden, welche Prüferin oder welcher Prüfer bereit ist, das Thema zu stellen und die Thesis zu betreuen.
- (3) Der Antrag auf Zulassung kann schriftlich bis zur Bekanntgabe der Entscheidung über den Antrag ohne Anrechnung auf die Zahl der möglichen Prüfungsversuche zurückgenommen werden.
- (4) Über die Zulassung entscheidet die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses und im Zweifelsfall der Prüfungsausschuss. Die Zulassung ist zu versagen, wenn
- a) die in Absatz 1 genannten Voraussetzungen nicht erfüllt oder
 - b) die Unterlagen unvollständig sind oder
 - c) im Geltungsbereich des Grundgesetzes eine entsprechende Thesis, Bachelorarbeit oder Diplomarbeit des Prüflings in einem Studiengang Wirtschaftsinformatik unter Berücksichtigung der Wiederholungsmöglichkeit mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet worden ist oder der Prüfling die Bachelor- oder Diplomprüfung in einem Studiengang Wirtschaftsinformatik endgültig nicht bestanden hat.

§ 23

Ausgabe und Bearbeitung der Thesis

- (1) Die Ausgabe der Thesis erfolgt über die Vorsitzende oder den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses. Als Zeitpunkt der Ausgabe gilt der Tag, an dem die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses das von der Betreuerin oder dem Betreuer der Thesis gestellte Thema dem Prüfling bekannt gibt; der Zeitpunkt ist aktenkundig zu machen.
- (2) Die Bearbeitungszeit (Zeitraum von der Ausgabe bis zur Abgabe der Thesis) beträgt mindestens acht Wochen, höchstens 16 Wochen. Das Thema und die Aufgabenstellung müssen so beschaffen sein, dass die Thesis innerhalb der vorgesehenen Frist und im Rahmen des in der Aufgabenstellung vorgesehenen Umfangs abgeschlossen werden kann. Im Ausnahmefall kann die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses aufgrund eines vor Ablauf der Frist gestellten begründeten Antrages die Bearbeitungszeit um bis zu sechs Wochen verlängern. Die Betreuerin oder der Betreuer der Thesis soll zu dem Antrag gehört werden.
- (3) Der Umfang der Thesis soll in der Regel etwa 70 Seiten betragen.
- (4) Das Thema der Thesis kann nur einmal und nur innerhalb der ersten vier Wochen der Bearbeitungszeit ohne Angabe von Gründen zurückgegeben werden. Im Fall der Wiederholung gemäß § 11 Abs. 3 ist die Rückgabe nur zulässig, wenn der Prüfling bei der Anfertigung seiner ersten Thesis von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch gemacht hatte.
- (5) Im Fall einer ständigen oder länger andauernden körperlichen Behinderung einschließlich chronischer Erkrankung oder einer Schwangerschaft des Prüflings findet § 15 Abs. 5 entsprechende Anwendung.

§ 24 Abgabe und Bewertung der Thesis

- (1) Die Thesis ist fristgemäß bei der oder dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses oder einer von ihr oder ihm hierfür benannten Stelle abzuliefern. Der Zeitpunkt der Abgabe ist aktenkundig zu machen; bei Zustellung der Arbeit durch die Post ist der Zeitpunkt der Einlieferung bei der Post maßgebend. Bei der Abgabe der Thesis hat der Prüfling schriftlich zu versichern, dass er seine Arbeit – bei einer Gruppenarbeit seinen entsprechend gekennzeichneten Anteil der Arbeit – selbstständig angefertigt und keine anderen als die angegebenen und bei Zitaten kenntlich gemachten Quellen und Hilfsmittel benutzt hat.
- (2) Die Thesis ist von zwei Prüferinnen oder Prüfern zu bewerten. Eine der Prüferinnen oder einer der Prüfer soll die Betreuerin oder der Betreuer der Thesis sein. Die andere Prüferin oder der andere Prüfer wird vom Prüfungsausschuss bestimmt; beide Prüferinnen oder Prüfer müssen Angehörige der am Studiengang beteiligten Hochschulen sein. Bei nicht übereinstimmender Bewertung durch die Prüferinnen oder Prüfer wird die Note der Thesis aus dem arithmetischen Mittel der Einzelbewertungen gebildet, wenn die Differenz der beiden Noten weniger als 2,0 beträgt. Beträgt die Differenz 2,0 oder mehr, wird vom Prüfungsausschuss eine dritte Prüferin oder ein dritter Prüfer bestimmt. In diesem Fall ergibt sich die Note der Thesis aus dem arithmetischen Mittel der beiden besseren Einzelbewertungen. Die Thesis kann jedoch nur dann als „ausreichend“ oder besser bewertet werden, wenn mindestens zwei der Noten „ausreichend“ oder besser sind.
- (3) Ist die Thesis nach § 10 Abs. 5 bestanden, so sind damit auch die in § 20 zugeteilten Credit Points (CP) des European Credit Transfer System (ECTS) erworben.

§ 25 Kolloquium

- (1) Das Kolloquium ergänzt die Thesis, ist selbstständig zu bewerten und soll innerhalb von zwei Monaten nach Vorliegen aller Voraussetzungen gemäß Absatz 2 stattfinden. Es dient der Feststellung, ob der Prüfling befähigt ist, die Ergebnisse der Thesis, ihre fachlichen Grundlagen, ihre fachübergreifenden Zusammenhänge und ihre außerfachlichen Bezüge mündlich darzustellen und selbstständig zu begründen und ihre Bedeutung für die Praxis einzuschätzen. Dabei soll auch die Bearbeitung des Themas der Thesis mit dem Prüfling erörtert werden.
- (2) Zum Kolloquium kann der Prüfling nur zugelassen werden, wenn
 1. die in § 22 Abs. 1 genannten Voraussetzungen für die Zulassung zur Thesis und die Einschreibung als Studierende oder Studierender nachgewiesen sind,
 2. alle Modulprüfungen bestanden sind,
 3. die Thesis als bestanden bewertet worden ist.

Der Antrag auf Zulassung ist an die Vorsitzende oder den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu richten. Dem Antrag sind die Nachweise über die in Satz 1 genannten Zulassungsvoraussetzungen beizufügen, sofern sie dem Prüfungsausschuss nicht bereits vorliegen; ferner ist eine Erklärung über bisherige Versuche zur Ablegung entsprechender Prüfungen sowie darüber, ob einer Zulassung von Zuhörerinnen oder Zuhörern widersprochen wird, beizufügen. Der Prüfling kann die Zulassung zum Kolloquium auch bereits bei der Meldung zur Thesis (§ 22 Abs. 2) beantragen; in diesem Fall erfolgt die Zulassung zum Kolloquium, sobald alle erforderlichen Nachweise und Unterlagen dem Prüfungsausschuss vorliegen. Für die Zulassung zum Kolloquium und ihre Versagung gilt im Übrigen § 22 Abs. 4 entsprechend.
- (3) Das Kolloquium wird als mündliche Prüfung durchgeführt und von den Prüferinnen oder Prüfern der Thesis gemeinsam abgenommen und bewertet. Im Fall des § 24 Abs. 2 Satz 5 wird das Kolloquium von den Prüferinnen oder Prüfern abgenommen, aus deren Einzelbewertungen die Note der Thesis gebildet worden ist. Das Kolloqu-

ium dauert etwa dreißig Minuten. Für die Durchführung des Kolloquiums finden im Übrigen die für mündliche Modulprüfungen geltenden Vorschriften entsprechende Anwendung.

- (4) Ist das Kolloquium nach § 10 Abs. 5 bestanden, so sind damit auch die in § 20 zugeordneten Credit Points (CP) des European Credit Transfer System (ECTS) erworben.

VI. Ergebnis der Bachelor-Prüfung; Zusatzmodule

§ 26

Ergebnis der Bachelor-Prüfung

- (1) Die Bachelor-Prüfung ist bestanden, wenn mit allen vorgeschriebenen Modulen aus dem Pflichtbereich 155 Credit Points, aus dem Wahlpflichtbereich 10 Credit Points und insgesamt mit Thesis und Kolloquium 180 Credit Points erreicht wurden.
- (2) Die Bachelor-Prüfung ist nicht bestanden, wenn eine der in Absatz 1 genannten Prüfungsleistungen endgültig als „nicht ausreichend“ bewertet worden ist oder als „nicht ausreichend“ bewertet gilt. Über die nicht bestandene Bachelor-Prüfung wird ein Bescheid erteilt, der mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen ist. Auf Antrag stellt die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses nach der Exmatrikulation ein Zeugnis über die insgesamt erbrachten Prüfungs- und Studienleistungen aus.

§ 27

Zeugnis, Gesamtnote, Bachelor-Urkunde

- (1) Über die bestandene Bachelor-Prüfung wird unverzüglich, möglichst innerhalb von vier Wochen nach der letzten Prüfungsleistung, ein Zeugnis ausgestellt. Das Zeugnis enthält die Noten der Modulprüfungen, das Thema und die Note der Thesis, die Note des Kolloquiums, die Gesamtnote der Bachelor-Prüfung sowie gegebenenfalls bei einer von anderen Hochschulen übernommenen bzw. anerkannten Leistung deren Herkunft. Im Zeugnis werden ferner die erworbenen Credit Points aufgeführt.
- (2) Die Gesamtnote der Bachelor-Prüfung wird aus dem mit den Credits gewichteten arithmetischen Mittel der Einzelnoten der durch diese Prüfungsordnung vorgeschriebenen Modulprüfungen, der Bachelor-Thesis und des Kolloquiums gemäß § 10 Abs. 4 gebildet.
- (3) Das Zeugnis ist von der oder dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu unterzeichnen und trägt das Datum des Tages, an dem die letzte Prüfungsleistung erbracht worden ist.
- (4) Zusätzlich wird in englischer Sprache ein Diploma Supplement mit dem Datum des Zeugnisses ausgestellt. Das Diploma Supplement enthält ergänzende Informationen über das Studium, die mit dem Abschluss erworbenen Qualifikationen sowie die verleihende Hochschule und wird von der Vorsitzenden oder dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses unterzeichnet.
- (5) Aufgrund der bestandenen Bachelor-Prüfung erhält der Prüfling eine Bachelor-Urkunde. Darin wird die Verleihung des Hochschulgrades gemäß § 2 Abs. 3 beurkundet.
- (6) Die Bachelor-Urkunde trägt das Datum des Zeugnisses. Sie enthält die Angabe des Studiengangs. Die Bachelor-Urkunde wird für Prüflinge, die an der Fachhochschule Köln im Verbundstudiengang Wirtschaftsinformatik eingeschrieben sind, von der Dekanin oder dem Dekan der Fakultät und der Vorsitzenden oder dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses, für Prüflinge, die an der Fachhochschule Dortmund im Verbundstudiengang Wirtschaftsinformatik eingeschrieben sind, von der Rekto-

rin oder dem Rektor unterschrieben und mit dem Siegel der entsprechenden Fachhochschule versehen.

§ 28 Zusatzmodule

- (1) Der Prüfling kann sich in weiteren als den vorgeschriebenen Modulen einer Prüfung unterziehen (Zusatzmodule). Das jeweilige Ergebnis wird auf Antrag des Prüflings in das Bachelor-Zeugnis aufgenommen, jedoch bei der Festsetzung der Gesamtnote nicht berücksichtigt.
- (2) Als Prüfung in Zusatzmodulen gilt auch, wenn der Prüfling aus einem Katalog von Wahlpflichtmodulen mehr als die vorgeschriebene Anzahl auswählt und durch Prüfungen abschließt. In diesem Fall gelten die zuerst abgelegten Prüfungen als die vorgeschriebenen Prüfungen, es sei denn, dass der Prüfling vor der ersten Prüfung etwas anderes bestimmt hat.

VII. Schlussbestimmungen

§ 29 Einsicht in die Prüfungsakten

- (1) Nach Abschluss des Prüfungsverfahrens wird dem Prüfling auf Antrag Einsicht in seine schriftlichen Prüfungsarbeiten, in die darauf bezogenen Gutachten der Prüferinnen und Prüfer und in die Prüfungsprotokolle gewährt.
- (2) Die Einsichtnahme ist binnen einem Monat nach Aushändigung des Prüfungszeugnisses oder des Bescheids über die nichtbestandene Bachelor-Prüfung bei der oder dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu beantragen. § 32 des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen über die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gilt entsprechend. Die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses bestimmt Ort und Zeit der Einsichtnahme.
- (3) Die Einsichtnahme in die Prüfungsunterlagen, die sich auf eine Modulprüfung beziehen, wird dem Prüfling auf Antrag bereits nach Ablegung des jeweiligen Versuchs zu einer Modulprüfung gestattet. Der Antrag ist binnen einem Monat nach Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses zu stellen. Im Übrigen gilt Absatz 2 entsprechend.

§ 30 Ungültigkeit von Prüfungen

- (1) Hat der Prüfling bei einer Prüfung getäuscht und wird diese Tatsache erst nach Aushändigung des Bachelor-Zeugnisses oder des Zeugnisses nach § 26 Abs. 2 Satz 3 bekannt, so kann der Prüfungsausschuss nachträglich die Noten für diejenigen Prüfungsleistungen, bei deren Erbringung der Prüfling getäuscht hat, entsprechend berichtigen und die Bachelor-Prüfung ganz oder teilweise für nicht bestanden erklären.
- (2) Waren die Voraussetzungen für die Zulassung zu einer Prüfung nicht erfüllt, ohne dass der Prüfling hierüber täuschen wollte, und wird diese Tatsache erst nach Aushändigung des Bachelor-Zeugnisses oder des Zeugnisses nach § 26 Abs. 2 Satz 3 bekannt, wird dieser Mangel durch das Bestehen der Prüfung geheilt. Hat der Prüfling die Zulassung vorsätzlich zu Unrecht erwirkt, entscheidet der Prüfungsausschuss unter Beachtung des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen über die Rechtsfolgen.
- (3) Das unrichtige Bachelor-Zeugnis oder das unrichtige Zeugnis nach § 26 Abs. 2 Satz 3 ist einzuziehen und gegebenenfalls neu zu erteilen. Eine Entscheidung nach den Absätzen 1 und 2 Satz 2 ist nach einer Frist von fünf Jahren nach Ausstellen des Bachelor-Zeugnisses oder des Zeugnisses nach § 25 Abs. 2 Satz 3 ausgeschlossen.

§ 31
Widerspruchsverfahren

Über einen Widerspruch gemäß § 68 der Verwaltungsgerichtsordnung entscheidet der Prüfungsausschuss, bei Angriffen gegen die Beurteilung einer Prüfungsleistung erfolgt die Entscheidung auf der Grundlage einer einzuholenden Stellungnahme der an der Beurteilung beteiligt gewesenen Personen.

§ 32
Inkrafttreten und Veröffentlichung

- (1) Diese Bachelor-Prüfungsordnung tritt am 1. September 2007 in Kraft.
- (2) Diese Bachelor-Prüfungsordnung wird in den Verkündungsblättern der Fachhochschule Köln und der Fachhochschule Dortmund veröffentlicht.

Ausgefertigt aufgrund der Beschlüsse des Fakultätsrats Informatik der Fachhochschule Köln vom 27.06.2007 und des Fachbereichsrats Informatik der Fachhochschule Dortmund vom 20.06.2007 sowie des Rektorats der Fachhochschule Köln vom 02.07.2007 und des Rektorats der Fachhochschule Dortmund vom 03.07.2007.

Köln, den 4. Juli 2007
Der Rektor
Der Fachhochschule Köln

Dortmund, den 4. Juli 2007
Der Rektor
der Fachhochschule Dortmund

Prof. Dr. phil. Metzner

Prof. Dr. Menzel

Anlage: Studienplan des Bachelor-Verbundstudiengangs Wirtschaftsinformatik

Modul						Semester		
Nr.	Bezeichnung	CP	SWS		T _P	Nr.	CP	T _P
			V+Ü+S+P	Σ				
01	Einführung in die Wirtschaftsinformatik	7,5	4+2+0+0	6	2	1.	20	8
02	Algorithmen und Programmierung I	7,5	3+2+0+1	6	4			
03	Mathematik I	5	2+2+0+0	4	2			
04	Algorithmen und Programmierung II	10	5+2+0+1	8	4	2.	20	8
05	Mathematik II	10	4+4+0+0	8	4			
06	Betriebswirtschaftslehre I	10	5+3+0+0	8	3	3.	20	8
07	Wirtschaftsmathematik / Quantitative Methoden	7,5	4+2+0+0	6	2			
08	Fremdsprache (Modulprüfung nach dem 4. Sem.)	2,5	0+1+0+1	2	3	4.	20	8
		7,5	4+1+0+1	6	3			
09	Grundlagen der Informatik I	7,5	3+2+0+1	6	4			
10	Recht (Modulprüfung nach dem 5. Sem.)	5	3+1+0+0	4	1	5.	20	8
		2,5	1+1+0+0	2	1			
11	Grundlagen der Informatik II	7,5	3+2+0+1	6	4			
12	Betriebswirtschaftslehre II	10	5+3+0+0	8	3	6.	20	8
13	Datenbanken und betriebliche Informationssysteme	7,5	4+1+0+1	6	3			
14	Volkswirtschaftslehre	5	2+2+0+0	4	2			
15	Betriebliches Rechnungswesen	7,5	4+1+0+1	6	3	7.	20	7
16	Betriebliche Softwareentwicklung	10	5+2+0+1	8	4			
17	Informationsmanagement	10	5+2+1+0	8	3			
18	Betriebliche Anwendungssysteme	10	5+1+1+1	8	4	8.	20	8
19	Wahlpflichtmodul (siehe § 20 Abs. 2)	10	5+1+1+1	8	4			
20	Projektarbeit	5	-	8	1	9.	20	2
21	Thesis	12	-	-	1			
22	Kolloquium	3	-	-	-			
Σ						180	65	

Erläuterungen siehe nächste Seite

Der Studienplan enthält folgende Angaben:

- die Credit Points (CP) pro Modul
- die Semesterwochenstunden (SWS) pro Modul
- ggf. Aufschlüsselung der SWS eines Moduls nach Veranstaltungsarten: Vorlesung (V), Übung (Ü), Seminar (S) und Praktikumveranstaltung (P).
Die Hälfte der Übungen, der hälftige Seminaranteil und die kompletten Praktikumveranstaltungen werden in Präsenzlehre durchgeführt. Die auf Präsenzveranstaltungen entfallenden SWS berechnen sich daher nach folgender Formel: $0 \cdot V + 0,5 \cdot \ddot{U} + 0,5 \cdot S + 1 \cdot P$.
- der Umfang der Präsenzveranstaltungen pro Modul, gemessen in Präsenztagen (T_P) à 8 Unterrichtsstunden.
1 T_P entspricht 0,5 Präsenz-SWS.
- die Credit Points (CP) und Präsenztage (T_P) pro Semester